



11. Dezember 2025

Nach Gespräch mit Bundeskanzler Merz: Landeshauptstädte begrüßen neuen Dialogprozess und mahnen konkrete Reformen und Hilfen für die Kommunen an

Die 13 deutschen Hauptstädte der Flächenländer begrüßen, dass Bundeskanzler Friedrich Merz am 4. Dezember im Gespräch mit den sechs Repräsentanten der kommunalen Spitzenverbände und Stuttgarts OB Frank Nopper die historisch angespannte finanzielle Situation der Kommunen in einem konstruktiven Gespräch auf Augenhöhe klar anerkannt hat.

Die Landeshauptstädte hatten in einem gemeinsamen Brandbrief an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 28. Oktober 2025 die äußerst schwierige Lage der Kommunen geschildert und dringend konkrete Maßnahmen von Bund und Ländern gefordert. Die Lage der kommunalen Haushalte, die in diesem Jahr ein Defizit von rund 30 Milliarden Euro aufweisen, ist inzwischen so gravierend, dass zum Teil massive Einschnitte bei Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie das Verschieben oder Streichen

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



notwendiger Investitionen unvermeidbar sind.

Die Landeshauptstädte betonen, dass die Anerkennung der Problemlage keine ausreichende Grundlage für stabile kommunale Finanzen ist. „Deswegen braucht es nun schnell konkrete Entscheidungen zur Entlastung der Städte, damit diese ihre verfassungsmäßigen Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung erfüllen können,“ so die einhellige Haltung der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister.

Die 13 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister begrüßen es deshalb, dass der Bundeskanzler den Ball aufgenommen hat, einen neuen Dialogprozess zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufzusetzen will und im ersten Quartal 2026 eine Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz unterstützt. In diesem Rahmen sollten eine Reform des Sozialstaats, weitere Maßnahmen zur Staatsmodernisierung und darauf aufbauend eine bessere Finanzierung der Kommunen beschlossen werden.

Die Beteiligung der Kommunen an diesem Prozess werten die Landeshauptstädte als wichtigen Schritt nach vorne. Gleichzeitig machen sie deutlich, dass dieser Dialog die akuten Haushaltsprobleme nicht kurzfristig lösen wird.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de

www.mainz.de



OB Haase: Bis Sommer braucht es Maßnahmen, die schnell wirken

Der Mainzer Oberbürgermeister Nino Haase, einer der 13 Unterzeichner des Brandbriefs vom 28. Oktober 2025, mahnt nun schnelle Reformen an: „Endlich hat die Finanznot der Kommunen die notwendige Aufmerksamkeit. Auch wenn die Stadt Mainz im nächsten Haushalt noch um gravierende Leistungseinschnitte herumkommt, sehen wir ohne weitreichende Reformen die Defizite in den nächsten Jahren explosiv steigen. Bund und Länder haben nun maximal bis zum Sommer Zeit, um schnell wirkende Maßnahmen zu beschließen. Ansonsten werden die Kommunen gezwungen, drastische Maßnahmen zu ergreifen, um nicht jegliche Handlungsfähigkeit zu verlieren. Wir brauchen vor allem Reformen, die den Bürokratieaufwand verringern und die ausufernden Kosten im Sozialbereich begrenzen. Nur so können wir den Sozialstaat sichern – die aktuelle Überforderung sehe ich für den sozialen Frieden daher als große Gefahr. Andererseits ist das Ausmaß des Problems nun so deutlich, dass die Akzeptanz für grundlegende Reformen sehr hoch ist. In dieser Krise liegt also auch eine Chance, die Regierung und Kanzler nun nutzen müssen! Zudem erwarte ich ein finanzielles Sofortprogramm, das die Handlungsfähigkeit der Kommunen sichert, bis die dringend nötigen Reformen greifen.“

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1

55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21

Telefax: 49 61 31 12 33 83

E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.dewww.mainz.de



Es sei unverzichtbar, dass auch die Länder auf eine faire Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen dringen. Das Schreiben von Ministerpräsident Alexander Schweitzer, der am 28. November im Namen der Ministerpräsident:innen auf den Brandbrief der Kommunen antwortete, sei ein ermutigendes Zeichen.

Bereits im Oktober machte der Mainzer Oberbürgermeister deutlich: „Wenn selbst eine Stadt wie Mainz mit starker Wirtschaftsentwicklung, günstigem Arbeitsmarkt und geringer Zinsbelastung die steigenden Sozialausgaben nur noch durch neue Schulden finanzieren kann, liegt ein Fehler im System vor. Die gemeinsame Erklärung der Landeshauptstädte zeigt deutlich, dass es sich nicht um selbstgemachte Versäumnisse einzelner Kommunen handelt, sondern dass das Problem in Berlin zu lösen ist.“

Forderungen der Landeshauptstädte

Die 13 Landeshauptstädte bekräftigen auch vor dem Hintergrund der begrüßenswerten Einberufung einer Sonder-MPK ihre drei zentralen Forderungen an Bund und Länder:

1. Wer bestellt, muss bezahlen.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt
Pressestelle | Kommunikation
Stadthaus Große Bleiche
Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1
55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21
Telefax: 49 61 31 12 33 83
E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de
www.mainz.de



Neue Aufgaben, Rechtsansprüche und Standards dürfen nicht ohne vollständige Finanzierung an die Kommunen übertragen werden. Die Konnexität muss verbindlich gelten und praktisch umgesetzt werden.

2. Wer bestellt hat, ohne zu bezahlen, muss nachzahlen.

In den vergangenen Jahren wurden Kommunen in zahlreichen Bereichen – insbesondere im Sozialbereich, in der Integration und in der Daseinsvorsorge – mit erheblichen Mehrbelastungen konfrontiert, ohne dass die dafür notwendige Finanzierung abgesichert wurde. Hier sind Bund und Länder gefordert, verbindliche Nachfinanzierungen zu leisten.

3. Bund und Länder müssen aufhören, sich auf Kosten der Kommunen zu einigen.

Finanzielle Lastenverschiebungen zwischen Bund und Ländern dürfen nicht länger zu Lasten der Städte und Gemeinden ausgehandelt werden. Insofern beobachten die Landeshauptstädte das Verhalten der jeweiligen Landesregierungen im Bundesrat sehr genau, beispielsweise in der Sitzung am 19. Dezember 2025 bei der Abstimmung über das Steueränderungsgesetz 2025. Eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung ist Voraussetzung für eine leistungsfähige kommunale Selbstverwaltung.

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation
Stadthaus Große Bleiche
Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1
55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21
Telefax: 49 61 31 12 33 83
E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de
www.mainz.de



Die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister betonen ihre Bereitschaft, konstruktiv an den anstehenden Reformen mitzuwirken. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass Bund und Länder gemeinsam Verantwortung übernehmen und den Kommunen kurzfristig sowie strukturell den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum verschaffen: „Wir sind bereit, unseren Beitrag zu leisten. Jetzt erwarten wir, dass Bund und Länder der klaren Problemerkenntnis auch klare Entscheidungen folgen lassen.“

Landeshauptstadt Mainz

Hauptamt

Pressestelle | Kommunikation
Stadthaus Große Bleiche
Große Bleiche 46/Löwenhofstraße 1
55116 Mainz

Telefon: 49 6131 12 22 21
Telefax: 49 61 31 12 33 83
E-Mail: pressestelle@stadt.mainz.de
www.mainz.de